



universität
wien

Institut für Zeitgeschichte

Eigenheiten der politischen Kultur in der Zweiten Republik bis in die Gegenwart

Univ.-Prof. DDr. Oliver Rathkolb

1. Tag der Politischen Bildung (BIZ), 29. September 2021



Ein demokratischer Neubeginn 1945 unter alliierter Aufsicht

Insgesamt 536.660 Österreicherinnen und Österreicher waren 1946 als ehemalige NSDAP-Mitglieder registriert.

Konfrontation mit dem autoritären „Ständestaat“ nach 1933/34-1938 (Dollfuß, Bürgerkrieg, Schuschnigg).



Staatsaufbau am 27. April 1945 unter sowjetischer Aufsicht („Regierung Renner“)

3-Parteien-Koalitionsregierung (Sozialdemokraten, Volkspartei und Kommunisten)

Föderalismus, Zentralismus oder Teilung: Optionen im Jahr 1945

Verfassung - neu oder alt?



Erste Wahlen, 25. November 1945

3,5 Millionen Wahlberechtigte (60% Frauen)

Abgeordnete im Parlament:

SPÖ - 76

ÖVP - 85

KPÖ - 4



Als die US-Besatzungsbehörde eine Umfrage in Wien, Linz und Salzburg durchführte, um die relative Unterstützung der Bevölkerung für den Kommunismus und den Nationalsozialismus zu ermitteln, sprachen sich in Linz 26,4% der Befragten offen für den Nationalsozialismus aus, in Salzburg mehr als 43,2% und in Wien 35,6%. Sowohl in Wien als auch in Salzburg entschieden sich fast 50% für "weder/noch", in Linz war die Ablehnung autoritärer Ideologien mit 62,8% noch ausgeprägter.

In einer anderen Umfrage entschieden sich 39,3% für eine Demokratie, 23,7% für eine sozialistische Republik (ein Begriff, den die meisten Befragten als antikommunistische Republik mit einer sozialdemokratischen Regierung verstanden, während die amerikanischen Meinungsforscher damit ein kommunistisches Regime meinten), 3,3% befürworteten eine Diktatur, beachtliche 15,9% eine Monarchie und 17,8% legten sich nicht fest.



Lange Serie von „Großen Koalitionen“

Proporz-Problem

1. Ein-Parteien-Mehrheit

Bundeskanzler Josef Klaus (1966)

Die lange Kreisky-Ära 1971-1983 und die Blütezeit der Sozialpartnerschaft

Von der SPÖ-FPÖ „Kleinen Koalition“ zur der Rückkehr der „Großen Koalition“ unter Bundeskanzler Franz Vranitzky



universität
wien

Jörg Haider und die ÖVP-FPÖ 2000: eine Koalition gegen den Willen der Wähler

2002 im Nachhinein sanktioniert



Netto-Zuwanderung nach Österreich 2019 mit +40.613 Personen um 15% höher als 2018

Für das Jahr 2019 zeigt die Wanderungsstatistik von Statistik Austria 150.419 Zuzüge aus dem Ausland und 109.806 Wegzüge in das Ausland. Somit betrug der Wanderungssaldo Österreichs mit dem Ausland +40.613 Personen.

Gegenüber dem Vorjahr erhöhte sich die Netto-Zuwanderung um rund 15,0% (2018: +35.301 Personen), blieb allerdings weiterhin unter den Werten aller Jahre zwischen 2012 und 2017. In diesem Zeitraum war die Netto-Zuwanderung zwischen +43.797 (2012) und +113.067 (2015) gelegen.

Drei Viertel der Wanderungsgewinne bei ausländischen Staatsangehörigen entfielen 2019 auf Angehörige von anderen EU- bzw. EFTA-Staaten (+33.497 Personen) und nur ein Viertel auf Drittstaatsangehörige (+11.459).



Die lange Geschichte der Sozialpartnerschaft

SWS

Bitte geben Sie zu den folgenden Aussagen an, ob Sie diesen zustimmen oder nicht zustimmen?

(SWS-Umfrage Nr. 413, Okt./Nov. 2017; N=980)

Die Sozialpartnerschaft war in den letzten Jahrzehnten ein Vorteil für die Arbeitnehmer, weil Gewerkschaften Lohnerhöhungen auf dem Verhandlungsweg erreichen konnten.

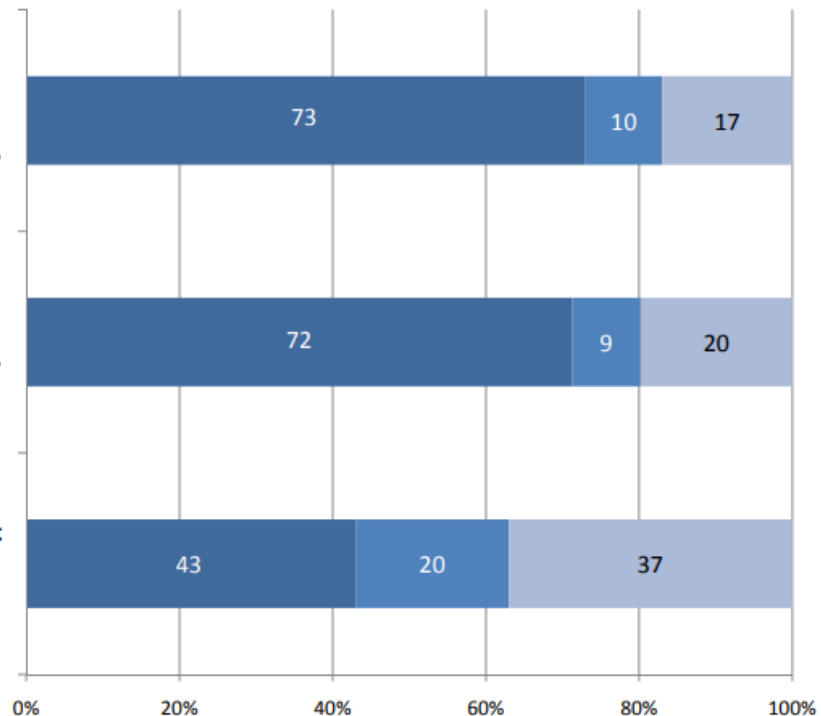
SPÖ: 92%, ÖVP: 74%; FPÖ: 57%

Die Sozialpartnerschaft ist, neben dem Parlament und der Regierung, sehr wichtig für Politik und Wirtschaft in Österreich.

SPÖ: 92%, ÖVP: 69%; FPÖ: 55%

Wenn die Regierungsparteien sich in einer wichtigen Frage nicht einigen konnten, haben die Sozialpartner eine Lösung erarbeitet.

SPÖ: 67%, ÖVP: 36%; FPÖ: 28%

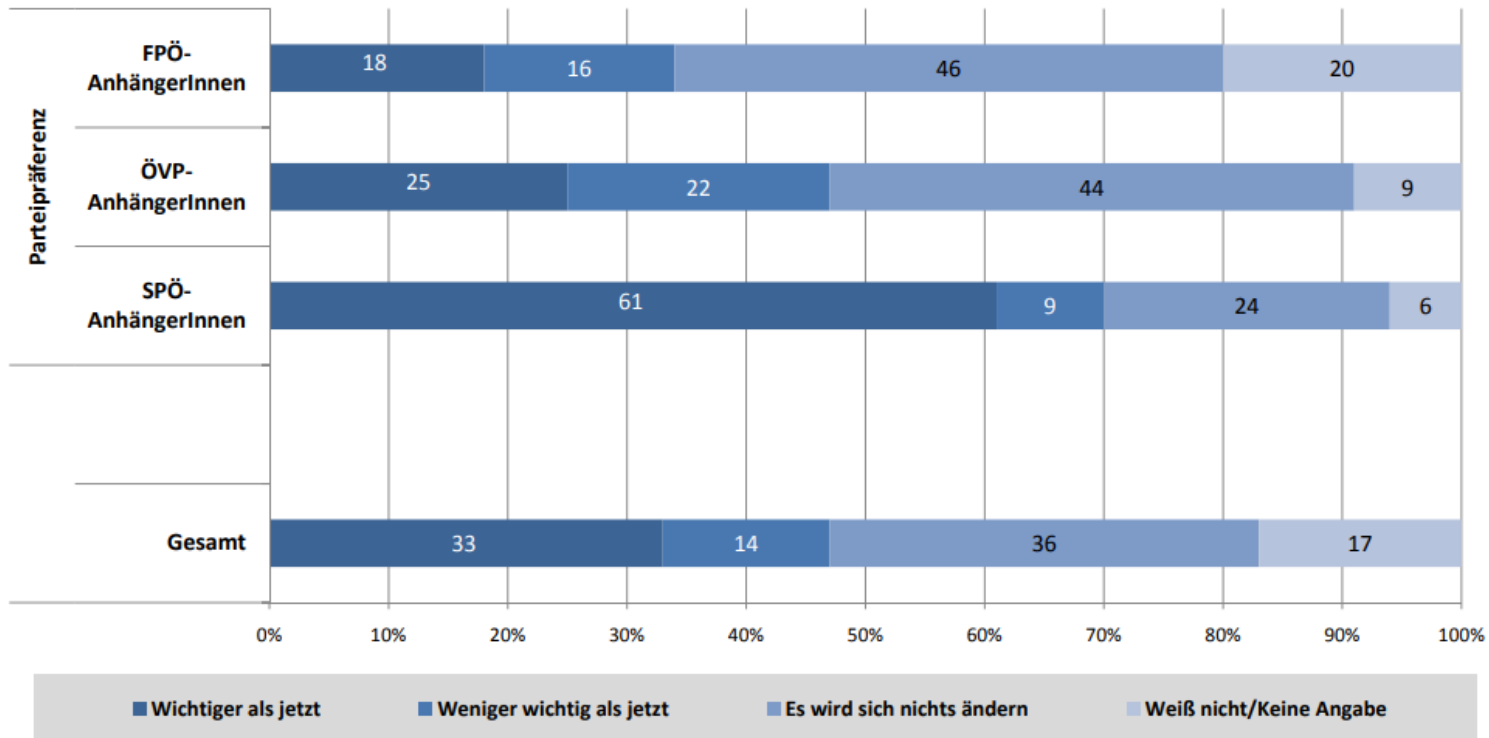




SWS

**Wie wichtig wird die Sozialpartnerschaft künftig in Österreich sein?
Wird sie wichtiger sein als jetzt, weniger wichtig oder wird sich an ihrer Stellung nichts
ändern?**

(SWS-Umfrage Nr. 413, Okt./Nov. 2017; N=980)





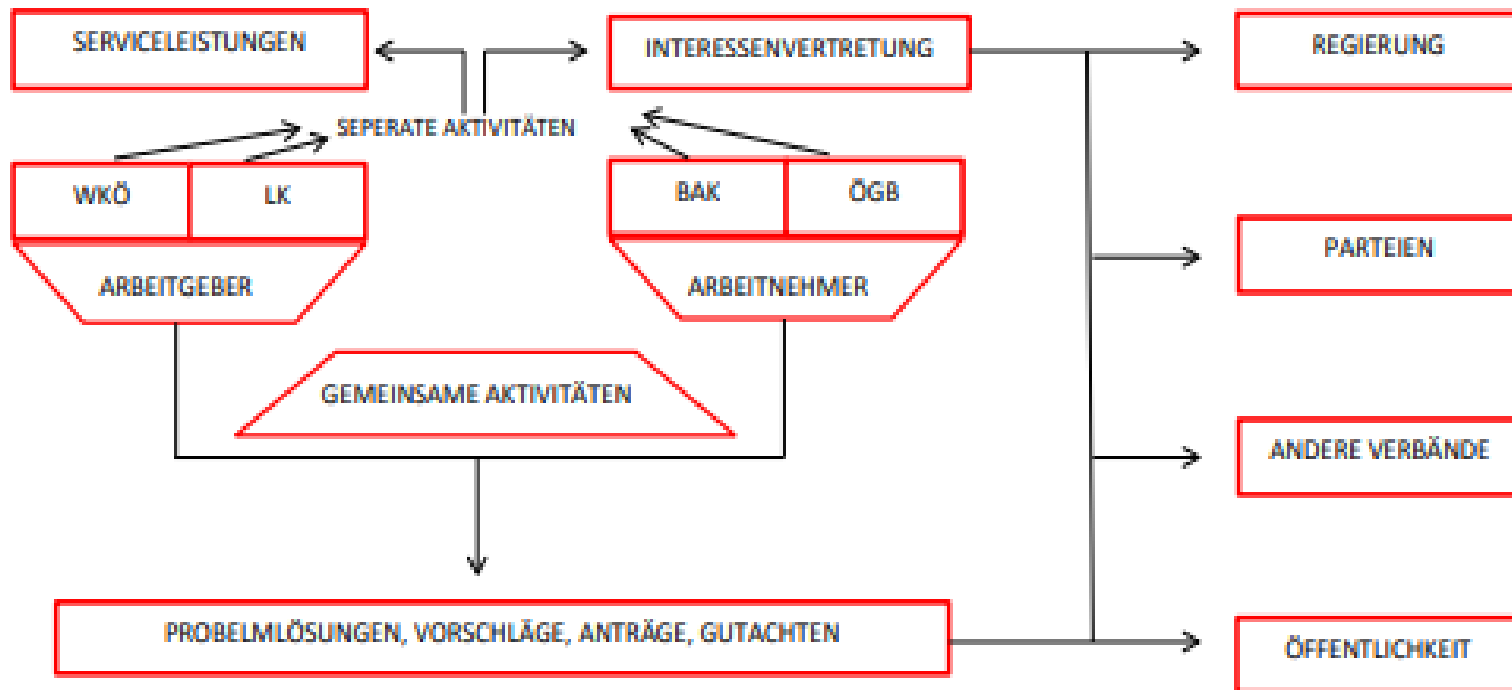
Thesis: Political stability produces more particularistic interest associations and increases institutional sclerosis, thus diminishing economic performance and growth (Mancur Olson`s Rise and Decline of Nations, New Haven 1982)

1994 Markus M.L.Crepaz, Comparative Politics:

between. Austria has reached a point where she is moving away from her preferred position of stability, security, and consensus to one of innovation, competition, and conflict. This change is not easy. for Austria has never dealt easily with social conflicts.

Dagegen Brigitte Unger & Frans Van Waarden (2011)

Modell der Sozialpartnerschaft



Quelle: Die Sozialpartner Austria



Von der Sozialpartnerschaft gehen positive Wachstumseffekte aus:
Für Österreich gilt, dass eine Erhöhung der Intensität der Sozialpartnerschaft um zehn Prozent das Wirtschaftswachstum um 0,2 Prozentpunkte erhöhen würde.

Länder, die durch einen hohen Einfluss von sozialpartnerschaftlichen Strukturen gekennzeichnet sind, weisen eine bessere makroökonomische Performance auf als Länder mit geringem Einfluss der Sozialpartnerschaft:

- Das Wirtschaftswachstum ist höher.
- Die Arbeitslosenquote, insbesondere die Jugendarbeitslosenquote ist geringer.
- Die Beschäftigungsquoten sind höher.
- Die Einkommensverteilung ist gleichmäßiger.



Georg Kapsch: Präsident der IV (2018)

„Die Sozialpartnerschaft habe sich im Laufe der Zeit zu einem Korporatismus entwickelt und durchdringe aktuell den gesamten Staat, das gesamte Sozial- und Wirtschaftssystem sowie das gesamte politische System. Permanente Blockaden hätten zu einer Erstarrung des Systems geführt und der notwendigen Dynamik in einer globalisierten Welt Steine in den Weg gelegt. Österreich leide unter einem Strukturkonservatismus, ...“



Matthias Strolz (Neos Jänner 2018), „Sozialpartnerschaft notwendig, ...trotzdem ‚Fall für die Geschichtsbücher‘... keine „Schattenregierung“, keine „Pflichtmitgliedschaft“

Christoph Leitl, Präsident der WKO, weist auf die Ergebnisse des WIFO hin; es sei klar erkennbar, dass Österreich nach dem Zweiten Weltkrieg die drittbeste Performance bewiesen habe, man müsse nun die Gründe dafür erörtern. Allein der Export habe im vergangenen Jahr um 8% zugelegt – das Doppelte der weltweiten Welthandelsvolumina. Österreich weise seit zehn Jahren die höchsten Unternehmensgründungszahlen auf. 300.000 Menschen würden sich derzeit in Weiterbildungseinrichtungen befinden.

Speziell bei Themen wie Asyl, Migration, Integration, Rehabilitation statt Frühpension und Bildung habe die Sozialpartnerschaft eindrücklich gezeigt, dass wichtige Akzente gesetzt worden seien.



Vergangenheit überhöht,

demokratische Transparenzfrage zu sehr reduziert,

Partikularinteressen überhöht

Daher weniger Orientierung an der Vergangenheit, so transparent und demokratisch wie möglich aushandeln, und gesamtwirtschaftliche Ziele setzen und erreichen



Zentrale Zukunftsaufgabe für die Sozialpartner

Große Themen definieren und für eine sachliche und an internationalen Erfahrungswerten orientierte Meinungsbildung propagieren (Vgl. EU-Beitritt, oder Aufbau nach 1945):

Bildung

Integration, Migration, Asyl

Pensionsreform



Die ewige Geschichte des Föderalismus

Am 30. Juli 1997 machte der damalige steirische ÖVP-Landesrat Gerhard Hirschmann einen Reformvorschlag: Unter Hinweis auf Bayern, das mit zehn Millionen Einwohnern mit einem Viertel des österreichischen Politapparats auskommt, forderte er eine Reduktion der Zahl der Landtage und Landesparlamentarier durch EU-kompatible Regionen. Die Reaktion war gewaltig und durchwegs negativ: Österreich dürfe nicht in drei Regionen - West, Süd, Ost aufgeteilt werden. Bund sollte in seinen Kompetenzen auf Äußere- und Innere Sicherheit und Außenpolitik reduziert werden.



Mehr als 550.000 Menschen sind bei Ämtern, Behörden, Bezirkshauptmannschaften, Magistraten oder sonst wie bei der öffentlichen Hand beschäftigt. Das heißt: 20 Prozent der drei Millionen unselbstständig Beschäftigten des Landes machen nichts anderes, als Österreich zu verwalten. Bayern hat zehn Millionen Einwohner und kommt mit deutlich weniger öffentlich Bediensteten aus.

Trend, 28.8. 2009



„Bundesländer kosten 28 Milliarden jährlich:
Warum dieses Zeug von vorgestern? Gut, heute ist, angesichts
explodierender Budgets, die Vision aktueller denn je.
Spitzenpolitiker trauen sich's zwar nicht öffentlich auszusprechen,
im Hintergrundgespräch wird aber gern erinnert, dass der Staat für
seine 340.000 (!!!) direkt in der Verwaltung Beschäftigten (214.000
in Ländern und Gemeinden) 28 Milliarden Euro jährlich hinblättert.
Unvorstell- und (bald) unfinanzierbar...“

Kronen Zeitung. Steiermark, 12.9. 2009



»Der österreichische Föderalismus ist ein verkorkstes Gebilde, was sehr viel dazu beiträgt, die Verwaltung zu komplizieren und zu verteuern. (...) Gewirr und Vervielfachung von Kompetenzen und Abläufen, Bundesländer, die keine Steuerhoheit haben, diese nicht einmal begehren; die Länderkammer (der Bundesrat, entsprechend dem Ständerat in der Schweiz), die jedoch gegenüber dem Nationalrat verfassungsgemäß ein Fliegengewicht ist. Es sind die Parteien, die auch die Länderkammer beherrschen; die Bundesräte werden nicht vom Volk gewählt, sondern von den Landtagen. Die Landtage der Bundesländer führen sich auf wie vollwertige Parlamente, haben aber wenig Kompetenzen.«¹



universität
wien

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!